

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 08. Juli 2014

Vorlagen-Nr. 14-F-08-0041

Stadtentwicklung im Westen von Mainz-Kastel - Konversionsflächen für Wohnbebauung nutzen! - Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 2.7.2014 -

Unbestritten besteht im Raum Mainz-Wiesbaden ein wachsender Bedarf an Wohnraum, insbesondere für Menschen, die nicht über große Vermögen oder hohe Einkommen verfügen. Es ist auch unbestritten, dass gerade in dicht besiedelten Gebieten, mit bereits hohen Belastungen an Verkehrslärm und Emissionen, nicht noch weitere naturnahe Flächen verbaut werden sollten. Hingegen sollten mögliche Konversionsflächen genutzt und einer sozial und ökologisch verträglichen Wohnbebauung zugeführt werden. Gerade im Westen Kastels scheint ein großes Entwicklungspotential für neue Wohnnutzungen zu liegen. Für das Gelände „Kastel Housing Area“ und andere Flächen wurden bereits Veränderungssperren erlassen. Für den an den Stadtteil Mainz-Amöneburg angrenzenden Bereich wurden dem Ortsbeirat Mainz-Kastel im April 2014 von der Fachverwaltung vielversprechende Entwicklungsmöglichkeiten vorgestellt.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Im Bereich „Mainz-Kastel West“ (dem Bereich zwischen Biebricher Straße (Ortsbezirk Mainz-Kastel), Wiesbadener Straße zwischen Einmündung Biebricher Straße und „Kastel Housing Area“, von dort bis zur Bahnlinie, diese entlang bis zur Ortsbezirksgrenze mit Mainz-Amöneburg und diese entlang bis zur Biebricher Straße) sollte keine weitere Ausdehnung gewerblicher Nutzung erfolgen, insbesondere sollte eine weitere Ansiedlung von Bordellbetrieben verhindert werden. Stattdessen sollen die Möglichkeiten für Wohnbebauung ausgeweitet werden. Die dafür erforderlichen baurechtlichen Maßnahmen sind zeitnah einzuleiten.

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass dies auch der einstimmig gefassten aktuellen Beschlusslage des Ortsbeirats Mainz-Kastel entspricht.

Der Magistrat möge die im Ortsbeirat Mainz-Kastel vorgestellten städtebaulichen Entwicklungsskizzen zum Bereich „Mainz-Kastel West“ dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr (unter Einbeziehung etwaiger weiter aktualisierter Planungen) in seiner nächsten Sitzung vorstellen.

Beschluss Nr. 0142

1. Der erste Teil des Antrages wird abgelehnt.
2. Teil 2 des Antrages ist durch die Präsentation von Herrn Metz (Stadtplanungsamt) erledigt.
3. Der Magistrat wird gebeten, den Fraktionen die Präsentation in digitaler Form zur Verfügung zu stellen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2014

Kessler
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .07.2014

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2014

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung zu Ziffer 3

Gerich
Oberbürgermeister